

Vorlage der Stadt Speyer



Vorlagen-Nr.: 1851/2016

Abteilung: Fachbereich 1

Bearbeiter/in: Dittus, Sabine

Haushaltswirksamkeit: nein ja, bei

Produkt:

Investitionskosten: nein ja

Betrag:

Drittmittel: nein ja

Betrag:

Folgekosten/laufender Unterhalt: nein ja

Betrag:

Beratungsfolge	Termin	Behandlung	Beratungsstatus
Stadtrat	12.05.2016	öffentlich	Beschlussfassung

Betreff: Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit,,

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, bei einem künftigen Interessenbekundungsverfahren für "Partnerschaften für Demokratie" einen entsprechenden Antrag einzureichen.

Begründung:

Der Stadtvorstand hat das Thema beraten und spricht sich für eine Teilnahme aus.

Mit dem vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderten Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ werden in ganz Deutschland kommunale Gebietskörperschaften finanziell unterstützt, „Partnerschaften für Demokratie“ als strukturell angelegte lokale bzw. regionale Bündnisse aufzubauen. In diesen „Partnerschaften für Demokratie“ kommen die Verantwortlichen aus der kommunalen Politik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft zusammen. Anhand der lokalen Gegebenheiten und Problemlagen entwickeln sie gemeinsam eine auf die konkrete Situation vor Ort abgestimmte Strategie. Diese beinhaltet unter anderem die Problemfelder Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, aber auch Salafismus, gewalttätiger Islamismus und linke Militanz. Die geförderten Kommunen werden durch Beratungs- und Coaching-Angebote begleitet. Nähere Informationen zu dem Bundesprogramm finden sich unter <https://www.demokratie-leben.de/>

Kommunale Gebietskörperschaften können im Rahmen eines sog. Interessenbekundungsverfahrens innerhalb einer vom Bundesministerium vorgegebenen Frist Projektvorschläge einreichen. Der Stadtrat möge daher bereits jetzt beschließen, dass die Stadt Speyer bei einem künftigen Interessenbekundungsverfahren einen entsprechenden Antrag einreicht, um aktiv an dem Bundesprogramm mitzuwirken und sich nachhaltig für Demokratie und Vielfalt zu engagieren.

Anlagen:

- Leitlinie - Partnerschaften für Demokratie